

# Ein Kommentar zur Abschaffung der Mindestsicherung und anderen erschreckenden gesellschaftspolitischen Entwicklungen. Gerech ist was Elend schafft?

**Hat man viel, so wird man bald  
noch viel mehr dazu bekommen.  
Wer nur wenig hat, dem wird  
auch das Wenige genommen.  
Wenn du aber gar nichts hast,  
Ach, so lasse dich begraben –  
denn ein Recht zum Leben, Lump,  
haben nur, die etwas haben.**  
(Heinrich Heine, 1851)

Besser kann man die gesellschafts- und sozialpolitische Ausrichtung der Bundesregierung nicht zusammenfassen. Die „neue Gerechtigkeit“:

Kürzungen bei der Mindestsicherung, Abschaffung der Notstandshilfe, Streichen der Fördermittel für AMS-Maßnahmen und Beratungseinrichtungen (z.B. Familienberatungsstellen), Einschränkung der Rechte von MieterInnen (siehe geplante Reform des Mietrechtsgesetz), Aushöhlung von Arbeitsrechten (inkl. Desavouierung der Arbeiterkammer), Abbau von sozialen BürgerInnenrechten, mehr Druck auf ArbeitnehmerInnen, u.v.m. Diese Programmatik hat nichts mit ökonomischen/budgetären Notwendigkeiten zu tun. Dahinter steht interessensgeleitete Politik, von der einige profitieren werden. Die Lebensqualität der Mehrheit der Bevölkerung wird sich dadurch nicht verbessern. Allerdings verdienen die politischen Akteure 10 von 10 Punkten, wenn es darum geht, oben genannte Maßnahmen so zu vermarkten, dass selbst jene ihre Zustimmung erteilen, die besonders betroffen sind.

## **Sündenbockpolitik reloaded**

Wer zu wenig zum Leben hat, der ist selber schuld und hat kein Recht auf solidarische Unterstützung. – das ist die zentrale Botschaft/Haltung, die (wieder) zum Mainstream werden soll. Asylsuchende, Menschen im Mindestsicherungsbezug, Arbeitsuchende werden an den Pranger gestellt und pauschal als Leistungsverweigerer denunziert. Mit der altbewährten Sündenbockstrategie wird die Verantwortung für soziale Sicherheit privatisiert und die soziale Frage entpolitisiert. Nicht die Verhältnisse, die Existenzunsicherheit befördern, sollen beseitigt werden sondern die davon betroffenen Menschen. Wer „keine Leistung erbringt oder noch nie ins System eingezahlt hat“, der wird auf die Zielscheibe positioniert, der wird zum Ausschluss freigegeben. Betroffen sind nicht nur Flüchtlinge sondern auch PensionistInnen mit Ausgleichszulage, teilzeitbeschäftigte Mütter mit ihren Kindern, die über 50 Jährigen auf Arbeitsuche, Menschen mit niedrigem Erwerbseinkommen oder jene, die aufgrund gesundheitlicher Einschränkungen oder psychischer Probleme nicht arbeitsfähig sind.

Spaltungspolitik - in Zeiten, in denen ein zunehmender Anteil der Bevölkerung von Existenzunsicherheit betroffen oder bedroht ist und sich immer mehr Menschen das Wohnen nicht mehr leisten können, eine geschickte weil funktionale Strategie:

Die Wut jener Menschen, die Existenzängste haben wird gegen jene gelenkt, denen es noch schlechter geht. Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte. Während die Einträge in den sozialen Medien immer noch gehässiger werden und Menschen auch nicht mehr vor Morddrohungen

zurückschrecken, können sich die zuständigen politischen Akteure fröhlich in die Hände klatschen. Sie werden nicht mehr als Zuständige/Verantwortliche wahrgenommen, die es eigentlich in der Hand hätten, Rahmenbedingungen zu beschließen, die der Mehrheit der Bevölkerung das Leben erleichtern würden.

Je lauter über Flüchtlinge gehetzt wird, desto still und heimlicher wird im Eiltempo der Abbau von sozialen BürgerInnenrechten beschlossen. Die „Flüchtlingsdebatte“ ist ein Schutzschild für die Politik: Der vielzitierte „kleine Mann“ soll nicht gegen die Regierung rebellieren, sondern gegen die sogenannten „Asylanten“.

### **Wir sitzen alle im selben Boot.**

Gegen die politisch produzierten Spaltungen („Einheimische“ gegen Geflüchtete, Erwerbstätige gegen Arbeitsuchende und BezieherInnen von Mindestsicherung, etc.) gilt es wirksame Strategien zu entwickeln. Die nicht enden wollende Thematisierung der Mindestsicherung (0,8 % der Sozialausgaben Österreichs!) ist ein strukturiertes und organisiertes politisches Ablenkungsmanöver von den wirklich zentralen gesellschaftspolitischen Problemen und Herausforderungen.

Volkshilfe, Diakonie, Caritas, Armutskonferenz, Kinder- und Jugendanwaltschaften, BAWO, SPAK und regionale Vernetzungen der Bundesländer, Arbeiterkammer, ÖGB, zahlreiche ExpertInnen und Interessensvertretungen beziehen kritisch Stellung und es werden immer mehr. Das ist das Positive an der aktuellen Situation.

**Es gilt, mehr denn je die gemeinsamen Interessen und Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung zu betonen und solidarisch einzufordern.** Existenzsicherheit, leistbarer und langfristig gesicherter Wohnraum - hier braucht es dringend politische Maßnahmen (Interventionen, Investitionen, Regulierungen) zur Verbesserung des Status Quo.

Wenn man Menschen in finanziellen Notlagen die Mindestsicherung kürzt, wird Wohnraum nicht bezahlbarer und die Mieten nicht günstiger, die Arbeitsbedingungen und Ausbildungsperspektiven oder die ärztliche Versorgung nicht besser. Niemand wird deswegen mehr verdienen oder im Alter besser abgesichert sein.

Wenn die Kürzung der Mindestsicherung die Lösung ist, was war dann noch mal das Problem?

Sabine Trummer (DOWAS Innsbruck, BAWO Vorstand für Tirol)